

## Nachrichten

## Das Gentech-Moratorium soll verlängert werden

**Bern.** Die Wissenschaftskommission des Ständerats will das Gentechnik-Moratorium um weitere vier Jahre verlängern. Wie der Nationalrat lehnt sie die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesgrundlage für eine spätere Koexistenz ab. Nach Ansicht der Mehrheit geht es um eine Balance zwischen der Konsumentenfreiheit und dem Schutz vor möglichen Risiken. Diese sei mit dem Vorschlag zur Koexistenz nicht gewahrt, da noch zu viele Fragen bezüglich möglicher Gefahren offen blieben. SDA

## Das Initiativrecht soll unangetastet bleiben

**Bern.** Der Bundesrat hat es schon aufgegeben, das Initiativrecht umbauen zu wollen. Nun resigniert auch die Staatspolitische Kommission des Ständerats, die das Projekt bisher weiterverfolgt hatte. Sie hat beschlossen, zwei parlamentarische Initiativen fallen zu lassen. Eine davon hatte zum Ziel, die Kriterien zur Prüfung der Einheit der Materie zu präzisieren. Zudem verzichtet sie auf eine Bremse für Durchsetzungsinitiativen. SDA

## Grünes Licht für Einsatz von Sozialdetektiven

**Bern.** Die Versicherer sollen bei Verdacht auf Sozialmissbrauch Detektive einsetzen dürfen. Die Sozialkommissionen von National- und Ständerat wollen eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen. Die Nationalratskommission hat eine Initiative ihrer Schwesterkommission einstimmig angenommen. Der Bund ist ebenfalls bestrebt, die Gesetzeslücke zu schliessen. Das Innendepartement kündigte an, demnächst einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung zu schicken. SDA

## Nur Kantone sollen Burkaverbote erlassen können

**Bern.** Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hält nichts von einem Burkaverbot. Sie hat einen Vorstoss aus dem Nationalrat deutlich abgelehnt. Die Kommission hatte sich bereits vor einem Jahr gegen ein gesamtschweizerisches Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum ausgesprochen. Sie ist nach wie vor der Ansicht, dass eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene nicht angezeigt sei. Das Phänomen der religiös motivierten Verhüllung sei doch eher selten anzutreffen. Die Kantone sollten gemäss ihren Bedürfnissen Regelungen erlassen können. SDA

## Verzicht auf Internetblockaden

Die vorberatende Kommission des Nationalrats zerzaust das neue Geldspielgesetz

Von Beni Gafner, Bern

Keine Frage – es gibt staatstragendere Gesetzesprojekte als das neue Geldspielgesetz. Und trotzdem stösst das Gesetz, das im Frühjahr in den Zweitrat kommt, auf öffentliches Interesse. Einerseits deshalb, weil es um grosse Geldsummen geht: Die Schweizer Lotterien und Wetten setzen jährlich rund 2,75 Milliarden Franken um. Andererseits, weil die Rechnung der vereinigten Interessenvertreter aus dem kantonale regulierten Lotteriewesen (Swisslos) und der eidgenössisch regulierten Casinos nicht aufzugehen scheint, ihr protektionistisches Gesetz unter dem Radar der Öffentlichkeit durchzuschleusen.

Die BaZ und andere Zeitungen hatten zuletzt diverse, durchaus fragwürdige Vorgänge im Zusammenhang mit diesem Gesetzesprojekt aufgedeckt: Teure Einladungen von Parlamentariern durch Exponenten der Sport-Totogesellschaft, gefälschte Vernehmlassungsantworten zugunsten der Schweizer Casinos, erstaunlicher Einsatz sonst liberaler FDP-Parlamentarier für rigorose Internetsperren, ja sogar Finanztransaktionsperren.

## Gezimmert von Lobbyisten

Aufgeflogen ist in diesem Zusammenhang auch, dass Vertreter des bestehenden Schweizer Lotteriemonopols und Juristen der Casinosbranche das Geldspielgesetz über weite Strecken selbst geschrieben haben, in einer sehr frühen Phase des Gesetzgebungsprojekts. Die Interessensvertreter haben, was ziemlich einzigartig ist, im Schosse



**Fragwürdige Vorgänge.** Die Casinobranche strebt ein protektionistisches Gesetz an, der Nationalrat gibt jetzt Gegensteuer. Foto Keystone

des Justizdepartements ihr eigenes Gesetz zimmern dürfen. Lobbying für die eigene Sache seitens der Lotteriegesellschaft und der Casinos wurde so überflüssig. Im neuen Geldspielgesetz sollen Spielcasinos von der Zuständigkeit der Bundessache bleiben, während Lotterien, Sportwetten und Geschicklichkeitsspiele eine kantonale Bewilligung erfordern und auch von den Kantonen kontrolliert werden.

Neu ist, dass Spielbankenspiele künftig auch aus der Schweiz heraus online legal angeboten werden können. Allerdings nur durch zu konzessionierende Anbieter, die heute bereits ein terrestrisches Casino legal betreiben. Bei diesen Online-Spielangeboten

zeigt sich nun, dass es offenbar einer wachsenden Zahl von Parlamentariern nicht mehr so ganz wohl zu sein scheint bei der Idee, technische Abschottungen von Internetzugängen (IP-Sperren) gesetzlich vorzuschreiben.

Jedenfalls hat die vorberatende Nationalratskommission das Gesetz in diesem Punkt zerzaust. Demnach sollen ausländische Internetportale mit Geldspielen in der Schweiz nicht blockiert werden. Die Rechtskommission lehnt diese Massnahme ab, die von Bundesrat und Ständerat gestützt wird. Der Entscheid fiel mit 13 zu zwölf Stimmen knapp aus; das letzte Wort ist mit Blick auf die Debatte im Nationalrat noch nicht gesprochen. Der Ständerat, in

dem die kantonalen Lotto-Interessen besonders stark vertreten sind, hatte dem Vorschlag des Bundesrates zugestimmt. Die Mehrheit der Nationalratskommission betrachte IP-Sperren als «unverhältnismässig», sagte gestern der Nationalrat Beat Flach (GLP, AG). Zudem seien solche Sperren leicht zu umgehen. Auch seien sie «tendenziell technologiefeindlich».

Die Kommission will, dass die Spielbankenkommission die Entwicklung während der nächsten fünf Jahre beobachtet. Ausländische Spielanbieter soll sie darauf hinweisen, dass ihr Angebot in der Schweiz nicht genutzt werden dürfe. Sie könnte die Anbieter auch auffordern, Nutzer aus der Schweiz zu sperren. Die Spielbankenaufsicht soll zudem Strafanzeige erstatten können gegen ausländische Onlineanbieter, was in der Praxis allerdings Fragen aufwerfen dürfte.

## Bundesratssalär für die Bosse

Sollte der Bundesrat fünf Jahre nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes feststellen, dass weitergehende Massnahmen gegen ausländische Anbieter nötig sind, soll er diese beschliessen dürfen. Sie müssten aber verhältnismässig sein und die Meinungs- und Informationsfreiheit respektieren, fordert die Kommission. Einigermassen spektakulär erscheint die Kommissionsforderung, die offenbar als überhöht empfundenen Saläre der Lotto-bosse auf ein Niveau der Bundesratssaläre von 400 000 Franken zu beschränken. Wie hoch die Löhne heute sind, ist ein gut gehütetes Geheimnis innerhalb des Lotteriefilzes.

## Das Energie-Referendum steht

SVP will nächste Woche die nötigen Unterschriften einreichen

**Zürich.** Das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 ist laut SVP-Präsident Albert Rösti zustande gekommen. «Wir haben deutlich über 60 000 Unterschriften gesammelt», sagte Rösti im Gespräch mit dem *Blick*. Die Beglaubigung bei den Gemeinden laufe aber noch. «Wenn die Gemeinden die Unterschriften rechtzeitig zurückschicken, werden wir das Referendum nächsten Donnerstag einreichen.»

Viele Leute seien sich nicht bewusst, worum es bei der Energiestrategie gehe. Nicht um den Atomausstieg, darüber sei bereits abgestimmt worden, sondern um eine Energieeinsparung von 43 Prozent bis 2035. Das werde nur mit massi-

ven Preisaufschlägen auf Strom, Öl und Gas möglich sein. Mit hohen Kosten für Familien und Gewerbe, sagte Rösti. «Wir müssen doch nicht jetzt entscheiden, wie unsere Energielandschaft in 35 Jahren aussieht. Das können wir weitgehend dem Markt überlassen, dann werden sich die energieeffizientesten Systeme durchsetzen.»

Auf die Frage, ob die SVP neue Atomkraftwerke wolle, antwortete Rösti mit Nein. Vielleicht würden Solar-energie und andere erneuerbare Energien so effizient, dass sie ohne Subventionen wettbewerbsfähig seien. Vielleicht werde es aber neue Thorium-Reaktoren ohne Strahlungsrisiko geben. SDA

## Selbstanzeigen mehrten sich

Reuige Steuersünder sorgen für einen Rekord

**Bern.** Einmal im Leben können sich Steuersünder straflos selbst anzeigen. Diese Möglichkeit ist mit der «kleinen Steueramnestie» im Jahr 2010 geschaffen worden. Seither machen Jahr für Jahr Tausende Reuige davon Gebrauch.

2016 ist die Zahl der Selbstanzeigen vielerorts nochmals sprunghaft angestiegen. Mehrere Kantone – darunter die beiden Basel, Zürich, Genf, Tessin, Schwyz, Luzern und Neuenburg – berichten gar von einem neuen Rekord. Das zeigt eine Umfrage der Nachrichtagentur SDA. Von 22 Kantonen liegen die Zahlen vor; die anderen vier Kantone informieren zu einem späteren Zeitpunkt oder machen gar keine Anga-

ben. Eine neue Höchstzahl vermeldet Basel-Stadt mit 381 Selbstanzeigen. In Basel-Landschaft sind es mit 797 Anzeigen gar mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Steuerverwaltung vermutet die bevorstehende Einführung des automatisierten Informationsaustausches als Grund dafür. Der öffentlichen Hand des Stadtkantons flossen dadurch 26,6 Millionen Franken an Nachsteuern und Verzugszinsen zu. In Neuenburg haben sich 929 Personen selber angezeigt. Dies ist eine Verdreifachung gegenüber den 300 Reuigen im Jahr 2015. Die Neuenburger Steuerverwaltung schätzt den Betrag an hinterzogenen Steuern auf 32,5 Millionen Franken. SDA

ANZEIGE



**4B FENSTER**

**3 für 2 Rabatt\***

- Kontaktieren Sie mich für eine unverbindliche, kostenlose Fachberatung.
- Senden Sie mir detaillierte Unterlagen zum Renovationsfenster RF1.

**Coupon einsenden an:**  
4B, Sales Service  
an der Ron 7  
6281 Hochdorf

\*3-fach-Isolierverglasung zum Preis einer 2-fachen. Das 3 für 2 Angebot ist nicht mit anderen 4B-Rabatten kumulierbar und gilt nur für Privatkunden mit Direktbezug bei 4B und nur bis zum 17. April 2017.

Name:

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

**Lässt keine Kälte rein: das Renovationsfenster RF1.**

Mehr Informationen und persönliche Beratung finden Sie unter:  
[www.4-b.ch/renovieren](http://www.4-b.ch/renovieren) oder 0800 844 444



